

"Oststaat als Antwort?" in Süddeutsche Zeitung (4. Oktober 1949)

Legende: Drei Tage vor der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik befasst sich die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung auf ihrer Titelseite mit der Haltung der Sowjetunion und kommentiert die am 2. Oktober 1949 veröffentlichte Protestnote der osteuropäischen Staaten.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Dr. Schöningh, Franz Josef; Schwingenstein, August. 04.10.1949, Nr. 125; 5. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Oststaat als Antwort?", auteur:Junius , p. 1.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/oststaat_als_antwort_in_suddeutsche_zeitung_4_oktober_1949-de-95e5dcb5-15e3-452f-8c2c-ab6fdffef7cb.html

Publication date: 02/07/2015

Oststaat als Antwort?

Nicht nur in Moskau, Budapest und Warschau, auch im abtrünnigen Belgrad und in vielen Hauptstädten der westlichen Welt marschierten am 2. Oktober die Massen mit Fackeln und Militärkapellen „für den Frieden“. Diese ferngelenkten Demonstrationen wirkten wie ein absichtsvoll vervielfältigtes Echo zu dem Geschrei der Volksversammlung, die an diesem Tage ein wenig mitwirkte, das Antlitz unseres Erdballs zu verändern, indem sie im Anblick des Kaiserpalastes zu Peiping dem neuen Staats- und Regierungshaupt der roten chinesischen Republik, Mao Tse Tung, zujubelte. Auch ohne jenen Widerhall des „Friedenstages“ wäre der endgültige Vollzug des Szenenwechsels in Asien nicht unbemerkt vorübergegangen. Dafür sorgte schon der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion, Herr Gromyko, der just am gleichen Tage den diplomatischen Bevollmächtigten der drei Westmächte in Moskau die Anerkennung der chinesischen Zentralregierung bekanntgab.

Herr Gromyko war überhaupt sehr rührig an diesem zweiten Oktobertag. Er überreichte den Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs eine Note, mit der die Sowjetregierung gegen die Errichtung der Deutschen Bundesrepublik in Bonn protestierte. Es mag dahingestellt bleiben, ob die „New York Times“ richtig urteilte, als sie in der vergangenen Woche der Meinung Ausdruck verlieh, alles was die Sowjetunion zuletzt in Südosteuropa an Schachzügen gegenüber der sogenannten Verschwörung der Tito-Anhänger gezeigt hätte, sei nur als Vernebelung gedacht gewesen, um die Hauptstoßrichtung ihrer Politik zu verschleiern, die auf Asien und nach dem Fall Chinas besonders auf Persien und Indien ziele. Jedenfalls scheint für Moskau der Zeitpunkt gekommen, das weitläufige Feld seiner Aktionen abzustecken.

Der Protest gegen die Deutsche Bundesrepublik kam nicht als Überraschung, er kommt nur überraschend spät. Der Entschluß der westlichen Alliierten, den Wiederaufbau eines deutschen Staatswesens innerhalb der von ihnen besetzten Gebiete auf eigene Rechnung und Verantwortung und ohne weitere Rücksicht auf die oft undurchsichtigen Wünsche der Sowjets zu beginnen, stand nicht etwa am Anfang einer Periode von Störversuchen und zermürbenden Unternehmungen, sondern er war bereits eine Antwort darauf. Er entsprang aus einer bitteren Erfahrung, daß längeres Zuwarten nicht nur die Aufrechterhaltung eines zwielichtigen Zustandes vollständiger Unberechenbarkeit bedeutet hätte, sondern vor allem auch ein langsames, unkontrollierbares Versickern der im Westen noch vorhandenen Lebenskraft. Wenn auch die Konsequenz, die aus der bereits vollzogenen Spaltung gezogen wurde, schmerzlich und der Versuch eines Staatsgebildes im westlichen Deutschland kein Gegenstand der Begeisterung war, so überwog doch schließlich die Einsicht, daß der Westen, gerade auch um der Menschen in Berlin und Mitteldeutschland willen, nicht ungestraft noch länger zögern durfte, die ihm verbliebenen Mittel und Kräfte zusammenzufassen.

Daß die Sowjetunion sofort dagegen auftreten mußte, lag in der Zwangsläufigkeit der Machtverhältnisse, wie sie der zweite Weltkrieg hinterlassen hat. Kaum sprachen die westlichen Alliierten ihre Absicht in den Londoner Empfehlungen aus, die nach Bonn führten, als auch schon Molotow die Außenminister der Staaten des Ostblockes in Warschau versammelte, um gegen die in Westdeutschland angebahnte Entwicklung zu demonstrieren. Im Grunde ist die Protestnote vom 2. Oktober nichts anderes als eine folgerichtige Auslegung des Warschauer Communiqués, in dem bereits damals unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen jede Konsolidierung der staatlichen Verhältnisse in Westdeutschland heftig abgelehnt wurde. Dazwischen erstreckte sich über mehr als Jahreslänge eine einzige Kette von Drohungen und Kundgebungen, die abschreckend und einladend zugleich wirken sollte.

Ob sich die Sowjets nicht doch schmeichelten, die Errichtung der Bundesrepublik verhindern zu können, ist schwer zu durchschauen. Jedenfalls stellte sie die vollendete Tatsache, wie sie das jetzt in ihrer Note selbst zum Ausdruck bringen, vor eine „völlig neue Lage“. Es blieb für die Deutschen im Westen nach der Konstituierung des Bundestags zunächst eine bange Frage, wie die Sowjets sich damit abfinden würden. Welche Wichtigkeit sie dieser Angelegenheit an sich beimessen, ging schon daraus hervor, daß Stalin persönlich, in einem von ihm selber gewünschten Interview als eine der Bedingungen für einen Ausgleich zwischen West und Ost die Zurückstellung aller Vorbereitungen für einen westdeutschen Staat genannt hatte. Es mußte also eine sehr starke Reaktion auf Bonn erwartet werden.

Untersucht man nun die aus einer Wolke von Unsicherheit geschleuderte Note auf ihren eigentlichen Inhalt, so gewinnt man den Eindruck, daß es der Sowjetunion mit ihrer starrsinnigen Berufung auf das Potsdamer Abkommen vor allem auf zwei Einsprüche ankommt: erstens gegen die Ausschaltung der westdeutschen Produktion aus dem russischen Reparationsprogramm und zweitens gegen ihre eigene Ausschaltung von der Ruhrkontrolle. Daß die Antwort ziemlich lange auf sich warten ließ, ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß die Sowjets auf Grund der schlechten Erfahrungen, die sie mit der SED gemacht haben, selber zweifelten, ob der Volksrat, so wie es Ulbricht, Ebert und Eisler erregt fordern, einen geeigneten Ansatzpunkt für die Bildung einer Ostregierung abgeben könnte. Vor allem aber wissen sie, daß der Oststaat als immerwährende Drohung ungleich ansehnlicher, nützlicher und wertvoller war, als er es in Wirklichkeit jemals sein kann. Sie mögen die Drohung nur ungerne abschreiben, solange sie recht wenig Gewähr dafür haben, daß von zwei deutschen Teilstaaten, mit der Überwindung der Tragödie der Spaltung, ausgerechnet der östliche sich als der „Kernstaat“ erweisen kann.